

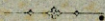


Gesetze

über die

Einführung der Friedensrichter- Institutionen

in Liv-, Est- und Kurland.



Riga.

Verlag von J. Denbner.

1880.

J. W. F.
1822.

Gesetze

über die

Einführung der Friedensrichter= Institutionen

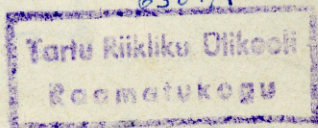
in Liv-, Est- und Kurland.



Riga.

Verlag von J. Deubner.

Est. A



17752

Von der Censur erlaubt.

Riga, den 23. Juni 1880.

Allerhöchster Befehl

**über die Einführung der Friedensrichter-
Institutionen in Livland, Estland und Kurland.**

(Publicirt in der Sammlung der Gesetze Nr. 55 und im
„Reg.-Anz.“ Nr. 129 vom 11. Juni 1880.)

Uk as an den Dirigirenden Senat.

In beständiger Fürsorge um die gehörige Organisation des Gerichtswesens in allen Theilen des Reichs haben Wir anbefohlen, unabhängig von der Ausarbeitung von Entwürfen für die Einführung der Gerichtsordnung vom 20. November 1864 in ihrem ganzen Umfange in den Ostseeprovinzen, zur Abfassung zeitweiliger Gesetzbestimmungen über die Eröffnung der Friedensrichter-Institutionen daselbst, von den allgemeinen Gerichtsbehörden getrennt, zu schreiten.

Die auf Grund dieses Unseres Befehls gearbeiteten und gegenwärtig vom Reichsrath geprüften Entwürfe: 1) der Regeln über die Anwendung der Verordnung über die Friedensrichter-Institutionen in den Gouvernements Livland, Estland und Kurland, 2) der zeitweiligen Regeln über den Modus der Wahl der Friedensrichter in den genannten Gouvernements, 3) der Verordnung über die Einführung der ge-

nannten Institutionen, 4) der Regeln über Abänderung und Ergänzung der auf das Gerichtsverfahren und die Geschäftsführung in den jetzigen Gerichtsbehörden bezüglichen Gesetze, wie auch der Rechte und Pflichten des Personals der Procuratur, und 5) des zeitweiligen Stats der Procuratur haben Wir Unseren Intentionen entsprechend befunden.

Nachdem Wir in Folge dessen diese Gesetzbestimmungen bestätigt haben, lassen Wir sie hiermit dem Dirigirenden Senat zugehen und befehlen: dieselben zu veröffentlichen und in der Weise in Ausführung zu bringen, wie sie in dem gleichzeitig hiermit von Uns bestätigten Gutachten des Reichsraths angegeben ist.

Der Dirigirende Senat wird nicht unterlassen, zur Ausführung dieses das Erforderliche zu veranlassen.

Das Original ist von Seiner Kaiserlichen Majestät Höchstehändig unterzeichnet:

„Alexander.“

Zarskoje-Sjelo, am 28. Mai 1880.

Auf den Originalen steht von Seiner Kaiserlichen Majestät Höchstehändig unterzeichnet:

„Dem sei also.“

Zarskoje-Sjelo, am 28. Mai 1880.

Regeln

über die Anwendung der Friedensrichter-Institutionen auf Livland, Estland und Kurland.

1) Das Statut über die Friedensrichter-Institutionen (Band 2 des Swod Sak. Th. I. Ausgabe vom Jahre 1876, Art. 1644—1720), die Civilproceßordnung (Band 10, Theil 2 des Swod Sak., Ausgabe vom Jahre 1876) und die Criminalproceß-Ordnung (Band 15, Theil 2 des Swod Sak., Ausgabe vom Jahre 1876), sowie die in Ergänzung derselben erlassenen Gesetze, insoweit dieselben sich auf die Verhandlungen von Sachen beziehen, welche den Friedensrichtern competiren, werden in den Gouvernements Estland, Livland und Kurland mit den in den nachstehenden Artikeln dargelegten Ausnahmeg Bestimmungen eingeführt (Art. 1—43).

1. In Betreff der Friedensrichter-Institutionen.

2) Die Gouvernementsstädte Riga und Reval mit denjenigen Theilen des zu denselben gehörigen Patrimonialgebiets, welche nicht in den Bestand besonderer bauerlicher Gemeinden einbezogen worden sind, bilden besondere, von den resp. Kreisen getrennte Friedensrichterkreise.

3) Zur Vornahme der Wahl der Friedensrichter werden in den Gouvernements Livland, Estland

und Kurland, mit Ausnahme der Städte Riga und Reval, besondere Kreiswahlversammlungen gebildet. Der Bestand dieser Kreiswahlversammlungen und die Ordnung bei Vornahme der Wahl werden durch die temporären Regeln über die Wahl der Friedensrichter für die genannten Gouvernements normirt.

4) In den Städten Riga und Reval werden die Verpflichtungen der Kreiswahlversammlungen bezüglich der Wahl der Friedensrichter den Stadtverordnetenversammlungen übertragen.

5) Den Kreiswahlversammlungen (Art. 3) und den Stadtverordnetenversammlungen der Städte Riga und Reval (Art. 4) wird es gestattet, nach Maßgabe des Bedürfnisses außer den Bezirks- und Ehrenfriedensrichtern nach ihrem Ermessen in beliebiger Anzahl auch Ergänzungsfriedensrichter zu erwählen.

6) An den Friedensrichterversammlungen nehmen die Ergänzungsfriedensrichter, dort, wo solche in Anleitung des vorhergehenden Artikels erwählt worden sind, in gleicher Grundlage wie die Ehren- und Bezirksfriedensrichter Theil.

7) Unabhängig von den Personen, welche den Anforderungen der Art. 1656 und 1657 des 2. Bandes, 1. Theils des Swod Sak., Ausgabe von 1876 Genüge leisten, können auch zu Friedensrichtern erwählt werden diejenigen unter den Ortsbewohnern, welche die Anforderungen der Punkte 1 und 2 des allegirten Artikels 1650 in sich vereinigen und ein ihnen persönlich oder ihren Eltern oder ihrer Ehegattin gehöriges Grundstück besitzen, wenn dasselbe dem gesetzlichen Minimalumfang für Rittergüter (Provinzialrecht Theil III. Art. 601—603 und 616) gleichkommt.

8) Die Kreiswahlversammlung ist berechtigt, durch einstimmigen Beschluß aller auf der Versammlung anwesenden Wahlmänner das Amt eines Friedensrichters auch solchen Personen zu übertragen, welche zwar nicht allen durch Artikel 1656 und 1657 l. c. und durch Artikel 7 dieses Gesetzes aufgestellten Qualifikationen entsprechen, aber durch ihre Verdienste und ihre nuzbringende Thätigkeit allgemeines Vertrauen und Achtung erworben haben.

9) An den Beschlüssen, deren im Artikel 1672 (Svod Sak. Band 2, Theil 1, Ausgabe vom Jahre 1876) gedacht ist, nehmen zugleich mit den Ehren- und Bezirksfriedensrichtern auch die Ergänzungsfriedensrichter Theil.

10) Zeit und Ort der Eröffnung der ordentlichen Friedensrichterversammlungen wird von den Kreiswahlversammlungen festgesetzt, in den Städten Riga und Reval dagegen von den Stadtverordneten-Versammlungen; hierüber ist rechtzeitig Publication zur Kenntniß der Einwohnerschaft des Friedensrichterkreises zu erlassen.

11) Die Bezirks- und Ergänzungsfriedensrichter beziehen ihren Gehalt und die Gelder zur Bestreitung der mit diesen Aemtern verbundenen Ausgaben aus den in den Ostseeprovinzen zur Erhebung gelangenden Landespräständen, und in den Städten Riga und Reval, aus den städtischen Mitteln.

12) Die Ausgaben für den Unterhalt der Kanzlei des Friedensrichterplenums und der bei dem Plenum angestellten Gerichtsvollzieher, desgleichen die Summen für die Kanzleibedürfnisse des Friedensrichterplenums werden aus den Landespräständen (Art. 11) und in den Städten Riga

und Reval aus städtischen Mitteln gedeckt. Nach Ermessen der Wahlversammlungen und in den Städten Riga und Reval der Stadtverordneten-Versammlungen, können bei den Friedensrichter-Versammlungen besondere Translateure angestellt werden, deren Unterhalt gleichfalls aus den oben aufgeführten Quellen zu bestreiten ist.

13) Die Bestimmung der Anzahl der Gerichtsvollzieher (судебный приставъ), des den-
selben zu bewilligenden Gehalts, sowie der Remuneration für von denselben vorzunehmende Amtshandlungen, die Assignirung der zum Unterhalt der Translateure — wo solche angestellt werden — erforderlichen Summen, der Summen zum Unterhalt der Kanzleien der Friedensrichterversammlungen und für die Kanzleibedürfnisse derselben, bleibt den Bezirkswahlversammlungen resp. den Stadtverordnetenversammlungen in Riga und Reval überlassen.

14) Gesuche und Klagen in Angelegenheiten, welche den Friedensrichter-Institutionen competiren, die auf diese Sachen bezüglichen schriftlichen Beweise, wie auch die mündlichen Aussagen und Erklärungen der betheiligten Personen vor den Friedensrichtern und dem Plenum, die Aussagen der Zeugen und sonstigen in der Sache unterrichteten Personen, sowie die Gutachten der Sachverständigen, können sowohl in russischer als auch in deutscher Sprache und den am Orte herrschenden Idiomen (estnisch und lettisch) vorgebracht werden. Bei Abfassung der Protokolle, Verfügungen, Entscheidungen und Urtheile seitens der Friedensrichter oder Friedensrichter-Plenarversammlungen, wie auch in den Executionsmandaten ist unabhängig von der russischen auch der

Gebrauch der deutschen Sprache zulässig. Die Vorladungen, bezugleich auch die Copieen der Protokolle, Verfügungen, Entscheidungen und Urtheile des Friedensrichters oder des Plenums sind auf Verlangen der betheiligten Personen ihrem Wunsche entsprechend in einer der genannten Sprachen und Idiome auszufertigen. Die Resolutionen werden gleichfalls in einer dieser, den betheiligten Parteien verständlichen Sprachen oder Idiome verkündet. In Angelegenheiten, welche an den Dirigirenden Senat oder an die Justiz-Palate gelangen, werden die Cassations- und sonstigen Klagen und Eingaben, wie auch die Gutachten und Proteste der Procureure in russischer Sprache abgefaßt, den auf die Sache bezüglichen Protokollen, Verfügungen, Entscheidungen und Urtheilen der Friedensrichter-Institutionen aber, wenn sie in deutscher Sprache abgefaßt sind, ist ein russisches Translat beizufügen, dessen Uebereinstimmung mit dem Original gehörig beglaubigt sein muß.

II. In Betreff des Criminalprocesses.

15) Bis zur Einführung der Gerichtsinstitutionen vom 20. November 1864 in ihrem vollen Umfange in den Ostseeprovinzen bleiben der Jurisdiction der Friedensrichter und der Plenarversammlungen, außer den im Artikel 34 der Criminalproceß-Ordnung aufgeführten Sachen, auch noch entzogen diejenigen Criminalsachen, welche gegenwärtig dem Dorpater Universitätsgericht competiren.

16) Bis zur Einführung des Instituts der Untersuchungsrichter in den Ostseeprovinzen haben die Friedensrichter in dem durch Artikel 117 der

Criminalproceß-Ordnung (Band 15, Theil 2, Ausgabe von 1876) vorgesehenen Falle die Sache derjenigen Behörde zu überweisen, zu deren Competenz die Führung der Untersuchung in Sachen gehört, welche die Competenzen der Friedensrichter übersteigen.

17) Abgesehen von den im Artikel 95 der Criminalproceß-Ordnung aufgeführten Personen, werden zum Zeugeneide auch Personen evangelisch-lutherischer Confession, welche noch nicht confirmirt worden sind, nicht zugelassen.

18) Zur Vorstellung der Cassationsklagen und Proteste an den Dirigirenden Senat wird für die Plenar-Friedensrichter-Versammlungen ein Termin von sieben Tagen anberaumt.

III. In Betreff des Civilprocesses.

19) Bei Entscheidung von Civilsachen haben die Friedensrichter die Bestimmungen des Privatrechts der Ostseeprovinzen (Provinzialrecht der Ostseegouvernements Theil 3, Ausgabe vom Jahre 1864), sowie die örtlichen Bauerverordnungen zur Richtschnur zu nehmen, mit Ausnahme derjenigen Theile der eben genannten Gesetze, welche wesentlich processualischen Inhalts sind und durch die Civilproceß-Ordnung vom 20. November 1864 und die gegenwärtigen Ergänzungsregeln zu derselben ersetzt werden.

20) Bei Anwendung der Artikel 17, 19 und 20 der Civilproceß-Ordnung sind die Bestimmungen des Provinzialrechts zu beobachten (Artikel 8, 9, 11, 12, 29—31, 41, 42, 207, 215, 216, 509 des 3. Bandes des Provinzialrechts der Ostseegouvernements).

21) Der Gerichtsbarkeit des Friedensrichters unterliegen außer den im Punkt 1 und 2 des Artikels 29 der Civilproceß-Ordnung aufgeführten Klagesachen:

- a) Klagen wegen Besitzstörung (Artikel 682 bis 699 des 3. Theils des Provinzialrechts).
- b) Klagen wegen gestörter Nutzung eines Servitutrechts an einem Immobil, wenn vom Eintritt dieser Störung nicht mehr als ein Jahr verflossen ist.
- c) Klagen auf Vorweisung einer beweglichen Sache (Artikel 4593—4600 des 3. Theiles des Provinzialrechts).
- d) Anträge auf Zulassung des Beweises zum ewigen Gedächtniß bis zu jedem Betrage.
- e) Arrestanträge bis zu jedem Betrage.

22) Unabhängig von den im Artikel 31 der Criminalproceß-Ordnung aufgeführten Sachen werden der Competenz des Friedensrichters entzogen:

- a) Streitsachen zwischen Gliedern von Landgemeinden in den Gouvernements Livland, Estland und Kurland, welche den Gemeindegerichten competiren und allendlich von denselben entschieden werden, falls nicht zur Verhandlung einer derartigen Streitsache vor dem Friedensrichter ausdrückliche Einwilligung von Seiten des Klägers und Beklagten vorliegt.
- b) Bis zur Einführung der Gerichtsinstitutionen vom 20. November 1864 in ihrem vollen Umfange in den Ostseeprovinzen diejenigen Civilsachen, welche dem Universitätsgericht zu Dorpat competiren.

23) Bei Klagen auf Wiederherstellung gestörten Besizes oder Servitutnutzung hat der Friedensrichter nicht in die Beprüfung der Documente einzugehen, welche das Eigenthumsrecht an einem Immobil oder das dingliche Recht an demselben begründen, sondern nur den gestörten Besiz oder die gestörte Servitutnutzung wieder herzustellen.

24) Bis zu einer allgemeinen Revision der in den Ostseeprovinzen geltenden processualischen Regeln über den Beweis, welche mit der bevorstehenden Einführung der Gerichtsinstitutionen vom 20. November 1864 in ihrem vollen Umfange in den Ostseeprovinzen zu verbinden sein wird, bleibt die Entscheidung von Streitfachen, welche bei den Friedensrichtern anhängig sind, auf Grund eines von einem der streitenden Theile zu leistenden Eides gestattet, in denjenigen Fällen und unter Beobachtung der Ordnung wie solche in dem örtlichen Privatrecht der Ostseegouvernements (Theil 3, Ausgabe vom Jahre 1864) und in den für diese Gouvernements erlassenen Bauerverordnungen dargelegt sind.

25) Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren, desgleichen Personen evangelisch-lutherischer Confession, welche noch nicht confirmirt sind, können zwar als Zeugen vernommen, jedoch nicht zum Eide gezogen werden.

26) Wer Grund hat anzunehmen, daß die Vernehmung von Zeugen, die Bewerkstelligung richterlichen Augenscheins, oder die Abgabe eines Gutachtens von Sachverständigen in der Folgezeit unmöglich oder doch wesentlich erschwert werden könnte, kann den Antrag auf Zulassung des Beweises zum ewigen Gedächtniß stellen.

27) Anträge auf Zulassung des Beweises zum ewigen Gedächtniß sind sowohl während bereits

pendenten Rechtsstreites als auch vor der Klageanstellung statthaft.

28) Anträge auf Zulassung des Beweises zum ewigen Gedächtniß, welche vor Erhebung der Klage verlautbart werden, sind bei dem Friedensrichter desjenigen Bezirks anzubringen, in welchem der in Augenschein zu nehmende Gegenstand sich befindet oder die resp. Zeugen oder Sachverständigen ihr Domicil haben, während der Antrag auf Zulassung dieses Beweises in einem bereits pendenten Proceß der Entscheidung desjenigen Friedensrichters unterliegt, bei welchem die Sache anhängig ist. In dringenden, keinen Aufschub duldenden Fällen können solche Anträge bei dem Friedensrichter des resp. Bezirks, in welchem sich die Beweismittel befinden, eingebracht werden, selbst wenn die Klage bereits bei einem anderen Friedensrichter oder Gericht anhängig ist.

29) Der Antrag auf Zulassung des Beweises zum ewigen Gedächtniß kann mündlich oder schriftlich angebracht werden und muß enthalten:

- a. Vor- und Familiennamen der Gegenpartei.
- b. Eine Darlegung der Umstände, zu deren Befräftigung auf die Beweismittel recurriert wird.
- c. Eine Darlegung der Umstände, welche den Antragsteller bewegen, um Sicherstellung der Beweismittel nachzusuchen.

30) Der Beweis zum ewigen Gedächtniß kann vom Friedensrichter in dringenden, keinen Aufschub leidenden Fällen, ohne vorgängige Ladung der Gegenpartei nachgegeben werden. Die Entscheidung des Richters, durch welche der Beweis zum ewigen Gedächtniß zugelassen wird, kann nicht weiter angetritten werden.

31) Im Fall der Zulassung des Beweises zum ewigen Gedächtniß finden die allgemeinen Bestimmungen der Civilproceßordnung bezüglich des richterlichen Augenscheins, des Zeugenverhörs und des Gutachtens Sachverständiger Anwendung. Zur Beweisaufnahme werden sowohl der Antragsteller als die Gegenpartei geladen.

32) Falls bei Verlautbarung des Antrages die Gegenpartei nicht benannt worden ist, so ist der Beweis zum ewigen Gedächtniß nur in dem Falle zulässig, falls der Antragsteller seinen künftigen Gegner noch nicht zu benennen vermag.

33) Die Zulassung des Beweises zum ewigen Gedächtniß ist nicht präjudicial für die Frage über die Zulässigkeit und Stärke dieser Beweismittel für die Sache, in welcher um Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtniß gebeten wurde.

Der Gegner des Beweisführers kann, falls er zur Beweisaufnahme nicht geladen worden oder die Ladung nicht erhalten hat, im weiteren Verlauf des Proceßes auf etwa bei Aufnahme des Beweises zum ewigen Gedächtniß zugelassene Abweichungen von der gesetzlich vorgeschriebenen Ordnung hinweisen.

34) Die Sicherstellung der Klagen geschieht:
a. auf hypothekarischem Wege; b. durch Arrestanlegung auf bewegliches Vermögen; c. durch Bürgschaft.

35) Zur Sicherstellung einer Klage auf hypothekarischem Wege ist das betreffende Vollstreckungsdecret derjenigen Behörde vorzustellen, bei welcher die Grundbücher für das in Rede stehende Immo- bil geführt werden. Das weitere Verfahren zur Sicherstellung einer Klage auf hypothekarischem Wege, sowie die Folgen einer derartigen Verbots-

legung werden in Grundlage der örtlichen, in den Gouvernements Livland, Estland und Kurland geltenden Gesetze bestimmt.

36) Die Erfüllung einer Verbindlichkeit kann vor Erhebung der betreffenden Klage und sogar vor Eintritt des Fälligkeitstermins der Verbindlichkeit sichergestellt werden, falls der Schuldner mit der offenbaren Absicht, sich der Erfüllung der Verbindlichkeit, welche schon fällig ist oder deren Fälligkeitstermin nahe bevorsteht, zu entziehen, sein Domicil verändert, sein Eigenthum veräußert oder mit Wegschaffung seiner Inveeten und Muten aus dem Immobil, das er miethweise inne hat, beginnt.

37) Das Gesuch um vorgängige Sicherstellung vor Erhebung der Klage ist bei demjenigen Friedensrichter anzubringen, in dessen Bezirk sich das Object befindet, welches mit Arrest belegt werden soll. Für das Verfahren bei derartigen Gesuchen kommen die Bestimmungen der Civilproceßordnung über Sicherstellung von Klagen mit den in den Artikeln 38—42 dieser Regeln enthaltenen Ergänzungen zur Anwendung.

38) Bei Verlautbarung eines Arrestgesuches muß der Impetrant sowohl seinen unzweifelhaften Anspruch, als auch die Nothwendigkeit der Vor-
nahme von Sicherheitsmaßregeln bescheinigen.

39) In dringenden, keinen Verzug leidenden Fällen ordnet der Friedensrichter den Arrest ohne vorgängige Ladung der Gegenpartei an. Im Fall der Erfüllung des Arrestgesuches ist die erlassene Verfügung des Friedensrichters der Gegenpartei in Abschrift mitzutheilen und steht derselben frei, beim Friedensrichter abermalige Beprüfung der Sache zu beantragen. Die Verlautbarung eines

derartigen Antrages seitens der Gegenpartei hemmt die Vollziehung des decretirten vorläufigen Arrestes nicht.

40) Bei Erfüllung des Gesuchs um vorläufige Sicherstellung kann der Friedensrichter:

a. Von dem Arrestimpetranten Caution für Kosten und Schäden fordern, welche dem Arrestimpetranten erwachsen können (Artikel 601 der Civilproceßordnung, Svod Sak., Band 10, Theil 1, Ausgabe vom Jahre 1876). Der Betrag dieser Caution wird durch Ermessen des Friedensrichters festgestellt.

b. Dem Arrestimpetranten eine Frist zur Anbringung seiner Klage anberaumen.

Diese Frist ist vom Tage der eingetretenen Fälligkeit der Verbindlichkeit zu berechnen, falls dieser Fälligkeitstermin in den Zeitraum fällt, innerhalb dessen der Friedensrichter seine Verfügung wegen vorläufiger Sicherstellung trifft.

Wird binnen der vom Friedensrichter anberaumten Frist die Klage nicht angestellt, so wird die angeordnete Sicherstellung auf Antrag der Gegenpartei aufgehoben.

41) Die Verfügung des Friedensrichters auf vorläufige Sicherstellung verliert ihre Kraft, wenn nicht innerhalb zweier Wochen, gerechnet vom Erlaß derselben an, die Vollziehung derselben beantragt wird.

42) Falls der Grund, welcher zur Verfügung der vorläufigen Sicherstellung Veranlassung gegeben, wegfällt, ist der Arrestimpetrat berechtigt, Aufhebung des Arrestes zu beantragen. Vor Erhebung der Klage ist der Antrag auf Hebung des Arrestes bei dem Friedensrichter, welcher das Arrestverfügen

erlassen, nach bereits angestellter Klage aber bei dem Gericht, wo die Klage anhängig ist, anzubringen.

43) Will der Kläger zur Befriedigung seines Anspruches sich an ein dem Beklagten gehöriges, in einer der Ostseeprovinzen belegenes Immobilien halten, so ist das bezügliche Vollstreckungsdecret derjenigen Behörde vorzustellen, welche die Grundbücher über das betreffende Immobilien führt. Das weitere Verfahren bezüglich Verkaufsstellung des Immobilien wird durch die hierfür gegenwärtig in den Ostseeprovinzen geltenden Regeln bestimmt.

Unterzeichnet: Vorsitzender des Reichsraths:
K o n s t a n t i n.

Auf dem Original ist von Sr. Majestät Eigener Hand geschrieben:

„Dem sei also.“

Barakkoje-Sjelo,
28. Mai 1880.

Temporäre Regeln

über die Wahl der Friedensrichter in den Gouvernements Livland, Estland und Kurland.

1) Zur Wahl der Friedensrichter wird in jedem Friedensrichterkreis eine besondere Kreiswahl-Versammlung gebildet.

2) Die Kreiswahlversammlungen bestehen unter dem Vorsitz des Kreisdeputirten (in Livland und Estland) oder des Kreisadelsmarschalls (in Kurland) oder des Conventsdeputirten (auf der Insel Oesel) aus Deputirten, welche von allen Friedensrichterbezirken, aus denen der Friedensrichterkreis

besteht, erwählt werden. Unabhängig von den Deputirten der einzelnen Friedensrichterbezirke gehören zum Bestande der Kreiswahlversammlungen derjenigen Kreise, in welchen sich solche Kronsländereien vorfinden, die in unmittelbarer Verwaltung des Ressorts des Domainenministeriums stehen, auch Delegirte des genannten Ressorts, welche von der örtlichen Domainenverwaltung für jeden zum Wahlbezirk gehörigen Kreis in einer Anzahl ernannt werden, wie solche durch Art. 1857 des Gesetzes über die allgemeinen Gouvernements-Institutionen (Svod Zak. Band 2, Theil 1, Ausgabe von 1876) bestimmt ist.

Anmerkung. Die Delegirten des Ressorts der Reichsdomainen zu den Kreiswahlversammlungen können sowohl aus den Beamten dieses Ressorts, als auch aus denjenigen Arrendatoren von Kronsgütern ernannt werden, deren Arrende-Contracte nicht weniger als zwei Jahre vor dem Wahltermin und auf einen Zeitraum von mindestens sechs Jahren abgeschlossen sind, wenn überdies bis zum Ablauf des Contracts noch mindestens drei Jahre übrig sind.

3) Die Deputirten der Friedensrichterbezirke werden für den Zeitraum von drei Jahren erwählt von den Versammlungen der Grundbesitzer und der Gemeindeältesten; gehören aber zum Bestande des Friedensrichterkreises auch Städte, so werden die in Rede stehenden Deputirten auch von den resp. Stadtverordnetenversammlungen erwählt.

4) Die Einberufung der Wahlversammlung der Grundbesitzer des Friedensrichterbezirks geschieht durch den Kreisadelsmarschall (resp. Kreisdeputirten oder Conventsdeputirten), welchem auch das Präsidium in der Versammlung zusteht.

5) In der Versammlung der Grundbesitzer haben Stimmrecht diejenigen Personen:

a. welche Eigenthümer eines Ritterguts sind (Art. 599 und 615 des 3. Bandes des Provinzialrechts der Ostseegouvernements).

b. welche ein Grundstück besitzen, das dem gesetzlich normirten Minimalsatz für Rittergüter entspricht (Art. 601—603 und 616 des 3. Bandes des Provinzialrechts), an der Zahlung der Landeswilligungen participirt und in die Landrolle eingetragen ist; in Estland aber auch noch die Besitzer von Grundstücken, welche eine besondere Revisionsgemeinde bilden, ganz abgesehen von dem Umfang solcher Grundstücke.

c. welche in Kurland ein bürgerliches Lehn besitzen. Die Grundbesitzer theiligen sich an der Versammlung persönlich oder durch einen Bevollmächtigten. Niemand aber darf auf der Versammlung mehr als zwei Stimmen haben — eine für sich und eine in Vollmacht, selbst wenn ihm im Friedensrichterbezirk mehrere Güter gehören.

6) Die Deputirten der Landgemeinden werden von der Versammlung der Gemeindeältesten des Friedensrichterbezirks erwählt. Die Wahlversammlung tritt auf Anordnung und unter dem Präsidium des Kreisadelsmarschalls resp. Kreisdeputirten oder Conventsdeputirten zusammen.

7) Jede der beiden Wahlversammlungen, sowohl die der Grundbesitzer, als auch die der Gemeindeältesten des Friedensrichterbezirks, entsendet fünf Deputirte in die Kreiswahlversammlung. Zu Deputirten können von diesen Versammlungen die Glieder derselben erwählt werden, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu der einen oder der anderen Versammlung.

8) In den Städten, welche zum Bestande des Friedensrichterkreises gehören, wird die Wahl der Deputirten zur Kreiswahlversammlung von den Stadtverordnetenversammlungen aus ihrer Mitte vollzogen. Die Zahl der von jeder Stadt zu erwählenden Deputirten ist durch das hier ange-schlossene Verzeichniß normirt.

9) An den auf Grund der Art. 4—6 dieses Gesetzes zusammengesetzten Wahlversammlungen können nicht theilnehmen:

a. Personen, welche das 25. Lebensjahr noch nicht erreicht haben.

b. Personen, welche in Untersuchung gestanden haben wegen Verbrechen und Vergehen, die Verlust oder Beschränkung der Standesrechte oder Ausschluß aus dem Dienst nach sich ziehen, oder wegen der in den Art. 169—177 des Statuts über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen vorgesehenen Uebertretungen, falls dieselben nicht durch richterliches Erkenntniß freigesprochen worden sind.

c. Personen, die ihres Amtes entsezt worden, während der drei nächsten, auf die Amtsentsezung folgenden Jahre.

d. Personen, welche in Untersuchung oder unter Gericht stehen wegen eines der im Punkt 2 aufgeführten Vergehen, welche die im Punkt 3 aufgeführte Strafe nach sich ziehen.

e. Personen, welche für zahlungsunfähige Schuldner erklärt worden sind, insolange bis der Charakter der Insolvenz gerichtlich festgestellt worden ist, sowie auch diejenigen Creditare, deren Insolvenzverfahren bereits abgewickelt ist, falls dieselben nicht gerichtlich als unglückliche Bankerotteure anerkannt worden sind.

f. Personen, welche aus dem geistlichen Stande wegen lasterhaften Lebenswandels ausgeschlossen sind, sowie die aus den Adelscorporationen oder Gemeinden, denen sie angehörten, ausgeschlossenen Personen.

g. Ausländer, welche nicht den russischen Unterthaneneid geleistet haben.

10) In den durch Artikel 1667—1671, 1673, 1674, 1676, 1677 und 1679 des 2. Bandes, Theil des Swod Sak., Ausgabe von 1876. vorgesehenen Fällen werden die Verpflichtungen der Kreislandtschaftsversammlung auf die Kreiswahlversammlungen übertragen.

11) Wenn bei der ersten Wahl nicht die erforderliche Anzahl von Friedensrichtern erwählt wird, so nimmt die Kreiswahlversammlung eine ergänzende Wahl unter denjenigen Candidaten vor, welche die nächstmeisten Stimmen erhalten haben.

12) Für den Fall, daß nicht in hinreichender Anzahl Personen vorhanden sind, welche von der Kreiswahlversammlung in Anleitung der Artikel 7 und 8 der Regeln über Anwendung der Friedensrichter-Institutionen auf die Ostseeprovinzen zu Bezirksfriedensrichtern erwählt werden können, oder falls diese Personen nicht die erforderliche Majorität der Stimmen erhalten, wird die fehlende Zahl von Friedensrichtern für die Zeit bis zur Vornahme der nächsten Wahlen in der durch Art. 1675 des 2. Bandes, 1. Theils des Swod Sak., Ausgabe vom Jahre 1876, bestimmten Weise ernannt.

Unterzeichnet: Vorsitzender des Reichsraths:

K o n s t a n t i n.

Beilage zum Artikel 8.

Vorschlag über die Anzahl der von den Städten in die Kreiswahlversammlung zu entsendenden Deputirten.

Schloß	1	Deputirten.
Wolmar	2	"
Lemjal	1	"
Wenden	2	"
Walt	2	"
Dorpat	10	"
Werro	1	"
Pernau	5	"
Tellin	2	"
Arensburg	2	"
Baltischport ...	1	"
Weissenstein ...	1	"
Wesenberg.	1	"
Narva	4	"
Gapsal	1	"
Mitau	12	"
Bauske	1	"
Tuckum	1	"
Pilten	1	"
Windau	2	"
Goldingen	2	"
Hajenpoth.	2	"
Grobin	1	"
Libau	6	"
Friedrichstadt ..	1	"
Jakobstadt.	2	"

Unterzeichnet: Vorsitzender des Reichsraths
K o n s t a n t i n.

Auf dem Original ist von Sr. Kaiserlichen
Majestät Höchsteigendängig geschrieben:

„Dem sei also.“

In Zarskoje=Eselo, 28. Mai 1880.

Regeln

über die Einführung der Friedensrichter-
institutionen in den Gouvernements Livland,
Estland und Kurland.

1) Die Friedensrichterkreise werden entsprechend den gegenwärtigen Bezirken der Land-, Mann- und Oberhauptmannsgerichte gebildet (Art. 356, 368, 917, 1319 und 1320 des ersten Bandes des Provinzialrechts der Ostseegouvernements). Sollte es jedoch nach Maßgabe der Erfahrung geboten erscheinen, die gegenwärtig einen Jurisdictionsbezirk bildenden Kreise in mehrere Friedensrichterkreise zu zerlegen, oder umgekehrt mehrere benachbarte Kreise, von denen jeder zur Zeit einen gesonderten Jurisdictionsbezirk bildet, zu einem Friedensrichterkreise zu vereinigen, so sind die bezüglichlichen Anträge, in der im Artikel 2 dieses Gesetzes angegebenen Weise anzubringen und zu bepröben.

2) Der ursprüngliche Vorschlag über Zahl und Ausdehnung der einzelnen Friedensrichter-Bezirke wird aufgestellt: für die Kreise des livländischen Gouvernements und der Insel Oesel vom Adelsconvent, in Kurland und Estland aber von den Ritterschaftscomité's unter Hinzuziehung für alle drei Gouvernements, sowie für Oesel, der Stadthäupter derjenigen Städte, welche zum Bestande des Friedensrichterkreises gehören, und eines Assessors des örtlichen Kreisgerichts nach Bestimmung desselben, für die Städte Riga und Reval aber von der Stadtverordnetenversammlung unter Hinzuziehung des Polizeimeisters und Gouvernementsprocureurs. Bei Zusammenstellung des Vorschlages sind zu berücksichtigen

die räumliche Ausdehnung des Gerichtsbezirks, die Bevölkerungs- und Verkehrsverhältnisse desselben und die Entwicklungsstufe von Handel und Industrie in demselben. Der auf diese Weise zusammengestellte Vorschlag der Friedensrichterbezirke für jeden Friedensrichterkreis wird dem Gouverneur mitgetheilt, welcher denselben mit seinem Gutachten dem Justizminister vorstellt. Im ferneren Verlauf folgen diese Angelegenheiten der allgemeinen Ordnung, wie dieselbe durch Art. 27 u. 29 der Allerhöchst bestätigten Poloschenie vom 19. October 1865 über Einführung der Gerichtsinstitutionen vom 20. November 1864 vorgeschrieben ist.

Gesuche um Abänderung der Ausdehnung der bereits ins Leben getretenen Friedensrichterbezirke haben auszugehen: in den Kreisen von den Kreiswahlversammlungen und in den Städten Riga und Reval von den Stadtverordnetenversammlungen, und werden in derselben Weise geprüft, wie solche für den ursprünglichen Vorschlag vorgeschrieben ist.

3) Das erste Verzeichniß derjenigen Personen, welche das Recht haben, zu Friedensrichtern erwählt zu werden, wird für jeden Friedensrichterkreis durch eine besondere Commission angefertigt, welche zusammengesetzt wird aus den Kreisadelsmarschällen oder Kreisdeputirten, den Chefs der Kreispolizei des Friedensrichterkreises, den Stadthauptern derjenigen Städte, welche zum Bestande des Friedensrichterkreises gehören und einem Assessor des örtlichen Kreisgerichts nach Bestimmung desselben. In den Städten Riga und Reval werden diese Verzeichnisse von den Stadtverordnetenversammlungen unter Hinzuziehung des Polizeimeisters und Gouvernements-Procureurs angefertigt.

4) Die bei der ersten Wahl zu Friedensrichtern erwählten Personen treten in Function von dem Tage an, der für Eröffnung der Thätigkeit der Friedensrichter-Institutionen in den Ostseeprovinzen bestimmt ist.

5) Gleichzeitig mit Eröffnung der Friedensrichter-Institutionen in den Gouvernements Livland, Estland und Kurland werden auf die daselbst bestehenden Justizbehörden angewandt: die am 11. October 1865 Allerhöchst bestätigten Regeln über Abänderung und Ergänzung der auf den Proceß und Geschäftsgang bezüglichen Gesetze, desgleichen die Veränderungen im Etat der mit der Procureurs-Controle betrauten Personen, sowie die Veränderungen in Bezug auf Rechte und Verpflichtungen derselben, in genauer Grundlage der hierfür erlassenen Regeln.

6) Vom selben Zeitpunkt an (Art. 5) werden auf alle vor den Friedensrichter-Institutionen verhandelten Sachen die Bestimmungen des am 20. November 1864 Allerhöchst bestätigten Reichsrathsgutachtens bezüglich des Abdrucks der Urtheile der Behörden ausgedehnt.

7) Vom Moment der Publication der gegenwärtigen Regeln wird dem Justizminister anheimgegeben, die gegenwärtigen Justizbehörden 1. Instanz mit einander zu verschmelzen oder gänzlich aufzuheben, in der Ordnung, wie solche durch die Art. 51—53 der Allerhöchst bestätigten Poloschenie vom 19. October 1865 über Einführung der Gerichtsordnung vorgezeichnet ist.

8) Die Glieder und Beamten der eingegangenen Justizbehörden, sowie die Personen, welche in der Procureurs-Controle Stellungen bekleideten, die

für die Zukunft eingehen, werden, wenn sie keine neue Verwendung gefunden haben, außer Etabli-
sezt.

9) Vom Zeitpunkt der Eröffnung der Friedens-
richter-Institutionen ab wird die Verhandlung der-
jenigen Sachen, welche den Friedensrichtern
competiren, jedoch in den bisherigen Justiz- und
Bauerbehörden noch nicht zu Ende geführt sind,
entweder eingestellt, oder dieselben erhalten weiteren
Fortgang auf Grund der nachstehenden Regeln
(Art. 10—29):

a. In Betreff der Criminalsachen.

10) Alle pendenten Sachen der bisherigen Justiz-
und Bauerhöfen, welche geringfügige Verbrechen
und Vergehen betreffen, die der Competenz der
Friedensrichter unterliegen, desgleichen auch die in
den Polizeibehörden und Gouvernementsverwal-
tungen in Verhandlung begriffenen derartigen
Sachen werden, sofern in denselben noch keinerlei
die Materie der Sache tangirendes Urtheil gefällt
worden ist, dem betreffenden Friedensrichterplenum
überwiesen, welches dieselben zu weiterer Verhand-
lung unter die einzelnen Friedensrichter vertheilt
in Grundlage der für die Friedensrichter-Insti-
tutionen bestehenden Regeln.

11) In den in Anleitung des vorhergehenden
(10.) Artikels den Friedensrichter-Institutionen
überwiesenen pendenten Sachen, werden Zeugen und
Sachverständige, welche bereits eidlich vernommen
gewesen sind, nicht nochmals vereidigt, sondern unter
Hinweis auf den von denselben geleisteten Eid ver-
nommen.

12) Jede Mitwirkung oder Thätigkeit höherer
Justiz- und Administrativbehörden in Folge privater

Beschwerden ist in Betreff der in Anleitung des Art. 10 der gegenwärtigen Regeln den Friedensrichtern überwiesenen pendenten Sachen abgeschlossen.

13) Die in den früheren Justizbehörden in erster Instanz verhandelten und unabgeurtheilt verbliebenen Sachen, betreffend Uebertretungen der Statuten der Kronsverwaltungen, sowie Uebertretungen der Regeln über öffentliche Wohlfahrt und Wohlständigkeit, die in Anleitung der Beilage zum Art. 1149 der Criminalproceßordnung, Ausgabe vom Jahre 1876, unmittelbar in den Kron- und Regierungsverwaltungen verhandelt werden müssen, werden, je nach der Zugehörigkeit, diesen Verwaltungen zur Aburtheilung überwiesen. Auf die übrigen Sachen dieser Art, falls dieselben der Competenz der Friedensrichter unterliegen, finden die allgemeinen in den Art. 10—12 dargelegten Regeln Anwendung.

14) Bis zur Einführung der Gerichtsordnungen vom 20. November 1864 in ihrem ganzen Umfange in den Ostseeprovinzen, werden die Zuständigkeitsstreitigkeiten der Friedensrichter und Friedensrichterversammlungen einerseits und der Justizbehörden 1. und 2. Instanz und Bauerbehörden andererseits, durch besondere Commissionen entschieden.

Dieselben bestehen: im Gouvernement **L i b l a n d**: unter dem Vorsitz des Präsidenten oder Vicepräsidenten des Hofgerichts aus einem Gliede des Hofgerichts, dem wortführenden Bürgermeister des Rigaschen Rathes und den Vorsitzern der Rigaschen Kreis- und Stadt-Friedensrichterversammlungen;

im Gouvernement **E s t l a n d**: unter dem Vorsitz des ältesten Landraths, welchem das Präsidium im Oberlandgericht übertragen ist, aus einem Land-

rath, dem präsidirenden Bürgermeister des Revalschen Rathes und den Vorsizern der Revalschen Kreis- und Stadt-Friedensrichterversammlungen;

im Gouvernement Kurland: unter dem Vorsitz des Oberhofgerichtspräsidenten aus zweien Ober-räthen des Oberhofgerichts, dem Vorsizenden der Mitauer Friedensrichterversammlung und einem der Friedensrichter der Stadt Mitau.

Die Differenzen bezüglich der Competenz werden von der Competenzcommission desjenigen Gouvernements bepruft, in welchem die betreffende Sache zuerst ihren Anfang nahm.

b. In Betreff der Civilsachen.

15) Vom Tage der Einführung der Friedensrichter-Institutionen im Gouvernement ab, darf keine den Friedensrichtern competirende Civilsache weder bei den Polizeibehörden, noch bei anderen Administrativbehörden, noch auch bei den bestehenden Justizbehörden der bisherigen Form — darunter auch die Bauerbehörden — anhängig gemacht werden, selbst wenn dieselbe aus einer anderen, nach der bisherigen Ordnung verhandelten Sache originirt, oder mit derselben in Connexität steht.

16) Von dem Tage an, wo im Gouvernement der Ukas über den Zeitpunkt der Einführung der Friedensrichter-Institutionen publicirt worden ist, wird es den Proceßparteien freigestellt, nach gegenseitigem Uebereinkommen die weitere Verhandlung ihrer bei den bisherigen Justizbehörden anhängigen Civilsachen, welche ihrer Natur nach den Friedensrichtern competiren, unter der Bedingung der Wiederaufnahme derselben vor dem Friedensrichter, zu sistiren.

17) Die Siftirung anhängiger Streitfachen auf Grund des vorhergehenden Artikels 16 ist in jedem Proceßstadium zulässig, es sei denn, daß in der Sache bereits ein rechtskräftig gewordenes Urtheil ergangen ist (Artikel 3597 des 3. Bandes des Provinzialrechts).

18) Vergleiche über Siftirung anhängiger Proceße auf Grund der Artikel 16 und 17 der gegenwärtigen Regeln sind in der, durch Artikel 3598 des Provinzialrechts, Band 3, vorgeschriebenen Ordnung zu bewerkstelligen; hierbei wird den Proceßparteien anheimgegeben, ihr Verhältniß zum Streitobject, die Maßnahmen zur Sicherstellung der Klage bis zur Reassumption der Sache u. untereinander festzustellen.

19) Nach stattgehabter Siftirung einer anhängigen Sache retradirt das Gericht auf Ansuchen der Proceßparteien die von denselben in dieser Sache beigebrachten Documente und ertheilt denselben beglaubigte Abschriften von ihren Handschriften, von den angestellten Sprawken, von den Protokollen über Bewerkstelligung des richterlichen Augenscheins, von den Zeugenverhörprotokollen und den übrigen bei der Acte befindlichen Schriften und Documenten. All' diese Actensstücke können von den Proceßparteien bei Wiederaufnahme des Rechtsstreits vor dem Friedensrichter producirt werden.

20) Die ganze von der ursprünglichen Anbringung der Klage bis zum Zustandekommen des Vergleichs über Siftirung der Sache verflossene Zeit wird nicht in die Dauer der Klageverjährung mit eingerechnet.

21) Im Fall der Siftirung einer Streitfache auf Grund der oben dargelegten Regeln (Artikel 16—19) werden die Proceßparteien von allen aus

der bisherigen Führung des Proceßes von denselben noch der Krone zukommenden Poshlinen und Strafen befreit, welche noch nicht, wo gehörig, eingezahlt worden sind. Desgleichen werden die im Artikel 19 der gegenwärtigen Regeln erwähnten Abschriften den Proceßparteien ohne Erhebung der Stempelsteuer ausgereicht.

22) Vom Tage der Einführung der Friedensrichter-Institutionen im Gouvernment ab, sind alle zur Competenz derselben gehörigen Civilsachen die in den bestehenden Justizbehörden, die Bauerbehörden nicht ausgenommen, anhängig sind, insoweit in denselben noch kein die Materie der Sache tangirendes Urtheil ergangen ist, desgleichen die bei den Polizeibehörden und Gouvernementsverwaltungen anhängigen, jedoch noch nicht abgeurtheilten Sachen, welche den Friedensrichtern competiren, in der durch Art. 10 der gegenwärtigen Regeln festgesetzten Ordnung zu weiterer Verhandlung nach den für den Proceß vor den Friedensrichtern geltenden Regeln an die Friedensrichter zu übergeben.

23) Jede auf dem Weg der Beschwerde angerufene Mitwirkung der höheren Instanz, kommt in Sachen, welche sistirt oder an die Friedensrichter überwiesen werden, in Wegfall.

24) Die auf Klage oder Requisition der Kronsverwaltungen entamirten Sachen, welche den Friedensrichtern competiren und in denen noch kein Urtheil ergangen ist, werden der betreffenden Kronsverwaltung übergeben, damit dieselbe, falls sie die Fortsetzung der Sache wünschen sollte, die Sache unter genauer Declaration ihrer Ansprüche und Beweismittel dem competenten Friedensrichter zuweise.

25) Alle den Friedensrichtern competirenden Sachen, deren Verhandlung vor Eröffnung der Friedensrichter-Institutionen begonnen hat und welche nicht den Friedensrichtern übergeben oder in Anleitung der vorstehenden Regeln delirt sind, werden in bisheriger Grundlage weiter und zu Ende geführt; jedoch sind auf dieselben die zugleich hiermit erlassenen Regeln über Veränderung und Ergänzung der Proceße und Geschäftsführung in den Justizbehörden der früheren Form und in der Procureurscontrole anzuwenden.

26) Keine der gegenwärtigen Justizbehörden ist berechtigt, die Verhandlung einer bei den Friedensrichter-Institutionen anhängigen Sache aufzunehmen, und umgekehrt sind die Friedensrichter-Institutionen nicht berechtigt, eine in einer der gegenwärtigen Justizbehörden in Verhandlung begriffene Sache aufzunehmen oder zu bepröben, bevor nicht die für die verhandelnde Justizbehörde competente Behörde höherer Instanz diese Verhandlung annullirt hat. Ausgenommen sind hiervon die in Artikel 16 und 22 dieser Regeln erwähnten Sachen.

27) Behufs Beobachtung der im vorstehenden Artikel 126 aufgestellten Regel ist der Kläger verpflichtet, in seiner Klageschrift auszusprechen, daß seine Klage nicht bereits bei einer anderen Justizbehörde verhandelt wird.

28) Wegen Aufnahme oder Nichtaufnahme der Verhandlung einer Sache durch die Justizbehörden, entgegen der durch Artikel 26 statuirten Bestimmung, sind je nach der Zugehörigkeit Beschwerden bei der betreffenden höheren Instanz zulässig, wobei diejenige Ordnung und diejenigen Termine einzuhalten sind, welche für die Berufung

von den Verfügungen derjenigen Gerichte bestehen, gegen welche die Beschwerde erhoben wird.

29) Wird nach Beprüfung der in Grundlage des vorhergehenden Artikels 28 angebrachten Beschwerden durch das Gericht höherer Instanz die gleichzeitige Verhandlung ein und derselben Streitsache in den Justizbehörden der früheren Form und in den Friedensrichter-Institutionen nicht aufgehoben, oder die seitens der einen oder anderen Stelle verweigerte Annahme der Sache nicht annullirt, so ist es gestattet, zur Entscheidung der vorliegenden Competenzzwisel an den Dirigirenden Senat und zwar an die Plenarversammlung des ersten und des Cassationsdepartements zu gehen.

Unterzeichnet: Vorsitzender des Reichsraths

„Konstantin.“

Auf dem Original ist von Sr. Majestät Eigener Hand geschrieben

„Dem sei also.“

Zarskoje-Sjelo,
den 28. Mai 1880.

Regeln

betreffend Abänderung und Ergänzung der Gesetze über Proceß- und Geschäftsführung in den gegenwärtigen Justizbehörden, sowie der Bestimmungen über Rechte und Pflichten der mit der Procureurscontrole betrauten Personen.

1) Die Artikel 8, 11, 13, 14, 16—20, 24—32, 40, 44—47, 49, 51, 52, 91—94, 96—100, 105, 112, 114—117, 120, 123 und 128 der am 11. October 1865 Allerhöchst bestätigten Regeln über Abänderung und Ergänzung

der auf Proceß- und Geschäftsführung in den Justizbehörden früherer Form bezüglichen Artikel des Swob Sakonow (Nr. 42,548 in der Polnoje Sjobranie) werden in allen Stücken auch auf die drei Ostseegouvernements angewandt.

2) Unabhängig hiervon, werden in Abänderung und Ergänzung der in den Gouvernements Livland, Estland und Kurland geltenden Gesetze über Criminalproceß, Civilproceß und die Procureurs-Controle, die in den nachfolgenden Artikeln niedergelegten Regeln aufgestellt.

I. In Betreff des Criminalprocesses.

1) In den Justizbehörden erster Instanz.

3) Die Justizbehörden erster Instanz führen die Untersuchung bei allen in ihrem Bezirk begangenen Verbrechen, welche nicht den Woiwostgerichten und den Friedensrichter-Institutionen competiren.

4) Die Justizbehörden erster Instanz untersuchen und fällen Urtheile in allen denjenigen Criminalsachen, welche vor Emanirung der gegenwärtigen Regeln ihrer Competenz unterlagen und nicht an die Friedensrichter-Institutionen übergegangen sind, falls keiner der in solchen Sachen Angeklagten schon in erster Instanz vor die Justizbehörden zweiter Instanz competirt, oder eines Verbrechens angeklagt wird, das mit einer Strafe bedroht ist, die Verlust aller Standesrechte, oder Verlust einiger, persönlich oder dem Stande nach zugeeigneten Rechte und Vorzüge nach sich zieht. Die Abgabe von Sentimenten der Justizbehörden erster Instanz in derartigen Criminalsachen wird aufgehoben.

5) Die Thatbestandsprotokolle, welche von der Polizei bei Unglücksfällen, Ereignissen 2c. aufzunehmen sind, werden von derselben dem competenten Repräsentanten der Procureurscontrole zur Beprüfung vorgestellt, und nach dessen Ermessen als erledigt angesehen. Den Gerichten erster Instanz werden die Thatbestandsprotokolle nur in den Fällen übergeben, wenn der Repräsentant der Procureurscontrole in denselben Indicien eines Verbrechens oder Vergehens erblickt oder mit dem Verfügen der Polizei wegen Niederschlagung der Untersuchung und Delirung der Sache nicht übereinstimmt.

6) Diejenigen Untersuchungen über Vorfälle und Ereignisse, welche vor Emanirung der gegenwärtigen Regeln an die Gerichte erster Instanz gelangt sind, und in denen kein Verbrechen oder Vergehen vorzuliegen scheint, desgleichen die Sachen über Verbrechen und Vergehen, bei denen die Schuldigen nicht entdeckt worden, also Niemand verantwortlich zu machen ist, werden nach Beprüfung der erstinstanzlichen Entscheidungen durch die Gehilfen des Gouvernementsprocureurs diesem letzteren vorgestellt, welcher im Falle der Nichtübereinstimmung mit der Resolution des Gerichts seine bezüglichen Remarquen bei Uebergabe der Acte dem Gerichte zweiter Instanz mittheilt. Die Vorstellung der Urtheile in derartigen Sachen zur Bestätigung an den Gouverneur wird aufgehoben.

7) Den Inquisiten und den an der Sache theiligten Personen, sowie deren Bevollmächtigten ist es nach Beendigung der Untersuchung gestattet, in der Gerichtskanzlei unter Aufsicht des Secretairs oder Geschäftsführers Einsicht in die Originaluntersuchungsacte zu nehmen.

8) Bei Verhandlung einer Sache können nach Maßgabe des im Sessionslocal vorhandenen Raumes auch unbetheiligte Personen zugegen sein. Ausgenommen sind die Verhandlungen in Sachen:

- a. Betreffend Gotteslästerung, Entweihung des Heiligthums und Schmähung der Religion (Strafgesetzbuch Ausgabe vom Jahre 1866, Artikel 176—183 und 210.
- b. Betreffend Verbrechen gegen die Familienrechte (l. c. Artikel 1549—1597).
- c. Betreffend Verbrechen wider die Ehre und Keuschheit der Frauen (l. c. Artikel 1523 und 1532).
- d. Betreffend ärgernißgebende und lächerliche Führung, widernatürliche Laster und Puppelei (l. c. Artikel 993—1000 und Gesetz über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen, Artikel 43 und 44).

Zur Verhandlung der vorstehend aufgeführten Sachen werden auf Wunsch des Angeklagten oder des durch das Verbrechen Geschädigten nur Verwandte oder Bekannte derselben zugelassen und zwar nicht mehr als drei von jeder Seite.

9) Nach Vortrag der Sache ergeht in derselben Resolution, welche vom Präsidenten oder in seinem Auftrage von einem der Gerichtsglieder schriftlich abgefaßt und sodann von allen Richtern unterzeichnet und publicirt wird.

10) Die Resolution des Gerichts muß enthalten:

- a. Jahr, Monat und Tag, an welchem die Gerichtsverhandlung stattgefunden hat.
- b. Den Bestand des Gerichts.

c. Stand, Vorname, Patronymikon und Familienname oder Beiname und Alter des Angeklagten, oder falls mehrere Personen angeklagt sind, einer jeden derselben.

d. Den Wortlaut des Erkenntnisses.

11) Das Einreichen schriftlich dargelegter abweichender Meinungen, welche bei Feststellung der Resolution verlautbart worden sind, ist nur vor der Unterzeichnung des Erkenntnisses zulässig.

12) In Sachen, die eine eingehende Berathung erfordern, ist es gestattet, die Feststellung der Resolution bis zur nächsten Sitzung zu verschieben, worüber der Präsident des Gerichts dem Publicum Anzeige zu machen hat.

13) Die Urtheile der Justizbehörden erster Instanz (cf. oben Artikel 4) unterliegen der Überprüfung der Gerichte zweiter Instanz nur in Folge des Protestes der Repräsentanten der Procureurs-Controle oder in Folge Berufung seitens der Angeklagten, oder an der Sache betheiligter Privatpersonen und Kronsverwaltungen.

14) Die Berufungsschrift, sowie der Protest seitens der Procureurscontrole sind innerhalb Monatsfrist dem Gericht, welches das Urtheil fällt, einzureichen.

15) Die Justizbehörden erster Instanz sind verpflichtet, den örtlichen Kronsverwaltungen des Gouvernements, je nach der Hingehörigkeit, in Sachen betreffend Uebertretung der Ustawe der gedachten Verwaltungen, die Originalacten nebst dem in der Sache gefällten Urtheil, nicht später als eine Woche nach Eröffnung des Urtheils an die Angeklagten zuzustellen.

16) Wird von Seiten eines Beamten der Procureurscontrole in einer Sache Protest eingelegt, so stellt das Gericht, ohne zur Erfüllung seines Verfügens zu schreiten, die Acten mit dem Protest unmittelbar der höheren Instanz vor.

2) In den Justizbehörden zweiter Instanz.

17) Den Justizbehörden zweiter Instanz competiren:

a. Sachen betreffend Verbrechen, für welche einer unter den Angeklagten nach den bestehenden Gesetzen mit einer der im Artikel 4 dieser Regeln aufgezählten Strafen belegt werden kann.

b. Sachen, in denen nach den Localen Gesetzen die Justizbehörden zweiter Instanz als Gerichte erster Instanz fungiren, falls die Sachen nicht zur Zahl derjenigen gehören, welche den Friedensrichter-Institutionen competiren.

c. Sachen, welche aus den Gerichten erster Instanz durch Berufung (Appellation) oder durch Protest der Procureurscontrole an die höhere Instanz gebracht werden.

18) Bei Verhandlung der den Justizbehörden zweiter Instanz competirenden Sachen, sind in denselben die oben (Artikel 7—12, 15 und 16) dargelegten Regeln zu beobachten.

19) Gegen die Urtheile der Gerichte zweiter Instanz in Sachen, welche von den Gerichten erster Instanz durch Protest der Procureurscontrole oder durch Appellation der Beklagten an die höhere Instanz gelangt sind, ist weitere Berufung nicht zulässig.

20) Bei Devolvirung von Criminalsachen an den Dirigirenden Senat haben die Justizbehörden das von ihnen gefällte Urtheil im Original vorzustellen. Die Vorstellung besonderer Actenrelationen und Memoriale (Theil 15, Band 2, Swob Sak., Ausgabe von 1857, Artikel 441, Punkt 2 und 3) wird aufgehoben.

21) Beschwerden über Urtheile der Justizbehörden zweiter Instanz werden bei demjenigen Gericht eingereicht, welches das Urtheil gefällt hat; dasselbe ist verpflichtet, nicht später als einen Monat nach Eingang der Beschwerde dieselbe mit den Originalacten dem Dirigirenden Senat vorzustellen. Beschwerden über Urtheile, gegen welche keine weitere Berufung zulässig ist, werden vom Gericht dem Beschwerdeführer unter Darlegung der Gründe für Nichtannahme der Beschwerde retradirt.

II. In Betreff des Civilprocesses.

1) In den Justizbehörden erster Instanz.

22) Die Justizbehörden erster Instanz verhandeln und entscheiden alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, welche ihnen bisher competirten, mit Ausnahme derjenigen Sachen, welche auf die Friedensrichter-Institutionen übergegangen sind.

23) Dem Beklagten werden zum Erscheinen vor Gericht Termine anberaumt von nicht mehr als:

a. einem Monat, wenn derselbe innerhalb der Grenzen des Reichs sein Domicil hat;

b. vier Monaten, wenn derselbe sich im Auslande befindet;

c. sechs Monaten, wenn dessen Aufenthaltsort unbekannt ist.

Für das Erscheinen der in Rußland domicilirenden Beklagten wird zu der monatlichen Frist noch eine weitere Frist hinzugeschlagen für die Reise, und zwar wird für dieselbe auf Eisenbahnen 300 Werst und auf gewöhnlichen Wegen 50 Werst pro Tag veranschlagt.

In denjenigen Fällen, wo nach den in den Ostseeprovinzen geltenden Gesetzen kürzere Fristen als die oballegirten statuiert werden, verbleiben dieselben in Kraft.

24) Bei Verhandlung der Sache können auch unbetheiligte Personen, nach Maßgabe des im Sessionslocal vorhandenen Raumes, zugegen sein, mit Ausnahme derjenigen Fälle, in welchen nach Beschaffenheit der Sache die Oeffentlichkeit für die Religion, die öffentliche Ruhe oder die Sittlichkeit präjudicirlich werden dürfte; in derartigen Fällen kann das Gericht nach eigenem Ermessen oder auf Verlangen des Procureurs die Verhandlung der Sache bei geschlossenen Thüren anordnen. Bei geschlossenen Thüren kann ferner verhandelt werden, wenn beide Proceßparteien darum bitten und das Gericht diese Bitten für beachtenswerth erkennt. Das Verfügen des Gerichts über Verhandlung einer Sache bei geschlossenen Thüren wird stets öffentlich verkündet und zu Protokoll verschrieben.

25) Nach Verhandlung der Sache wird die Resolution des Gerichts gefaßt, welche von dem Präsidenten oder auf dessen Anordnung von einem der Gerichtsglieder niedergeschrieben, vom Präsidenten und sämmtlichen bei der Verhandlung der Sache betheiligt gewesenen Gerichtsgliedern unterzeichnet und selbst in den Fällen, wo die mündliche Verhandlung bei geschlossenen Thüren stattfand, öffentlich verkündet wird. Vom Augenblick der Unter-

zeichnung der Resolution an ist keiner der Richter berechtigt, sein abgegebenes Votum zu ändern. Die Einreichung der bei Feststellung der Resolution verlaublichen Separatvota ist nur bis zur Unterschrift des Urtheils zulässig.

26) Die Resolution des Gerichts muß enthalten :

a. Jahr, Monat und Tag, wann die Sitzung des Gerichts stattfand ;

b. die Namen der an Entscheidung der Sache betheiligt gewesenen Gerichtsglieder ;

c. Stand, Vor- und Familienname oder Beiname der Proceßparteien ;

d. Inhalt der Entscheidung des Gerichts.

27) In verwickelten Sachen oder in Sachen, die eingehendere Berathung erfordern, ist es gestattet, die Feststellung der Resolution auf eine andere Sitzung zu verschieben. Ein derartiger Beschluß des Gerichts wird durch den Präsidenten bekannt gegeben.

28) Die Erklärung der Parteien über Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit dem gefällten Urtheil, sowie die Ertheilung von Appellationscertificaten wird aufgehoben.

29) Zur Einbringung der Appellationsklage werden nachstehende Fristen festgestellt : für Personen, welche sich innerhalb der Grenzen des Reichs befinden — vier Monate, und für Personen, die sich im Auslande befinden — sechs Monate. Während der ganzen Dauer dieser Fristen bleibt das Urtheil unvollstreckt. Für die bei Eröffnung des Urtheils gegenwärtigen Proceßparteien wird die Appellationsfrist vom Tage der Urtheilspublication berechnet, für die abwesende Proceßpartei aber von dem Tage ab, an welchem die betreffende Publication zum dritten

Mal in der „Petersburger Senatszeitung“ zum Abdruck gelangt ist. In denjenigen Fällen, wo noch durch das Provinzialrecht kürzere Fristen statuiert werden, verbleiben dieselben in Kraft.

30) Die Appellationsklage, welche wegen Nichterreichung der *summa appellabilis*, wegen Fristversäumniß oder wegen Außerachtlassung der einschlägigen civilproceßualischen Bestimmungen nicht entgegengenommen werden kann, wird dem Appellanten von demselben Gericht, bei welchem dieselbe eingereicht worden war, zurückgegeben unter Darlegung der für die Zurückweisung entscheidenden Gründe. In allen übrigen Fällen ist die Appellationsklage nicht später als eine Woche nach Eingang derartiger Klagen von anderen beim Proceß betheiligten Personen oder nach Ablauf der Appellationsfrist mit der Originalacte der höheren Instanz vorzustellen.

31) Beschwerden sind in nachstehenden Fällen zulässig:

a. Wegen Nichtannahme oder Zurückgabe von Klage- oder Appellationschriften.

b. Wegen Verfügungen in Betreff des Gerichtsstandes.

c. Wegen abschlägigen Bescheides auf ein die Recusation eines oder mehrerer Richter beantragenden Gesuches.

d. Wegen verweigerter Zulassung von Beweismitteln.

e. Wegen Verfügungen betreffend Cautionsbestellung und Detention des Streitobjectes.

f. Wegen Anordnungen und Verfügungen betreffend Vollstreckung des Urtheils.

g. Wegen Proceßverschleppung.

und Verfügungen der Gerichte in Tutelsachen erhoben werden, als auch auf Beschwerden über Anordnungen der Gouvernements-Verwaltungen und Polizei-Autoritäten in Proceßsachen.

36) In Sachen der Kronsverwaltungen wird den Gerichten zur Mittheilung ihrer Urtheile an diese Verwaltungen eine einwöchentliche Frist anberaunt, gerechnet vom Tage der Unterzeichnung des Urtheils durch das Gericht, oder vom Tage der Publication. Den Kronsverwaltungen aber wird zur Einreichung ihrer Berufung bei dem Gericht ein viermonatlicher Termin gewährt.

37) Die Justizbehörden vigiliren nicht auf Erhebung der Appellations- = Strafgebelter und der Stempelsteuer, sondern stellen nur die Beitreibung derselben fest und machen hierüber dem competenten Cameralhof Anzeige.

II. In den Justizbehörden zweiter Instanz.

38) In den Justizbehörden zweiter Instanz werden alle diejenigen Sachen verhandelt, welche denselben bisher competirten, mit Ausnahme derjenigen Sachen, welche der Competenz der Friedensrichter-Institutionen unterstellt worden sind.

39) In den Justizbehörden zweiter Instanz werden bei Verhandlung der denselben competirenden Sachen die oben, Art. 23—37, dargelegten Regeln beobachtet.

40) Die durch Art. 30 l. c. statuirte Frist zur Einreichung einer Appellationsklage an den Dirigirenden Senat kann um 4 Wochen verlängert werden, falls zugleich mit der Appellationsklage, dem Senat eine Uebersetzung umfangreicher, zur Acte gehöriger Documente vorzustellen ist.

41) Läuft bei der höheren Instanz die im Artikel 34 erwähnte Beschwerde ein, so wird der Unterinstanz ein Befehl wegen sofortiger Vorstellung der nicht übersandten Appellationsklage oder Beschwerde zugestellt, wenn nämlich aus der der Beschwerde beigelegten Bescheinigung über Einreichung der Beschwerde bei der Unterinstanz zu ersehen ist, daß die für Vorstellung von Beschwerden an die Oberinstanz festgesetzte Frist, bereits abgelaufen ist.

III. In Betreff der Gerichtsverwaltung.

42) In Grundlage des denselben zustehenden Aufsichtsrechtsvollziehend die Justizbehörden zweiter Instanz alljährlich durch ihren Präsidenten oder eines ihrer Glieder eine Revision der ihnen unterstellten Gerichte in Bezug auf die Ordnung und Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung in denselben. Die Revision der Justizbehörden durch den Gouverneur fällt weg.

IV. In Betreff der Procureurs-Controle.

43) Zur Erfüllung der Obliegenheiten der Procureurscontrole in Betreff der Friedensrichter-Institutionen und der Gerichte früherer Form werden temporär im Ressort des Gouvernements-Procureurs stehende Procureursgehilfen ernannt. Den Gehilfen des Gouvernementsprocureurs werden auch diejenigen Obliegenheiten der bisherigen Procureure übertragen (Art. 45), welche nach dem Eingehen dieser Posten noch in Kraft verbleiben.

Anmerkung. Die Anzahl der Beamten der Procureurscontrole und der Betrag ihrer Gehälter sind durch den hier angeschlossenen temporären Etat bestimmt.

44) Der Gouvernementsprocureur und die Gehilfen des Gouvernementsprocureurs werden vom Justizminister angestellt, versetzt und entlassen.

45) Die Aemter des livländischen Oberfiscals, des estländischen Commissarius Fisci, des kurländischen Gouvernementsfiscals, der Kreisfiscale, des Revalschen städtischen Commerzofficials und seiner Gehilfen, sowie der Narvaschen und Fellinschen Stadtfiscale werden aufgehoben.

46) Die Gehilfen des Gouvernementsprocureurs sind unter Anleitung desjenigen Procureurs thätig, dem sie zugetheilt worden sind. Der Procureur kann in jeder Sache seinen Gehilfen ersetzen, indem er dessen Sache auf eigene Verantwortung übernimmt.

47) Die Gehilfen des Gouvernementsprocureurs sind nicht verpflichtet, die Journale der Stadt-Verwaltungen durchzusehen und an den Sitzungen der Revisionscommissionen Theil zu nehmen, mit Ausnahme der im Artikel 52 der gegenwärtigen Regeln erwähnten Fälle.

48) Die Gouvernementsprocureure werden verbunden :

- a. von der Betheiligung an den Sitzungen der Gouvernementsverpflegungscommission;
- b. von der Durchsicht der Journale der Domainenverwaltung, der Cameralhöfe und der Collegien der allgemeinen Fürsorge, mit Ausnahme jedoch derjenigen Journalverfügungen dieser Behörden, welche im Artikel 52 dieser Regeln erwähnt sind.

49) Die Entscheidungen der Justizbehörden zweiter Instanz in Civilsachen gelangen zur Durchsicht der Gouvernementsprocureure nur in nachstehenden Fällen :

- a. wenn dieselben Sachen der Krone oder von Institutionen und Gesellschaften betreffen, deren Interesse in gleicher Weise wie das Kroninteresse wahrzunehmen ist;
- b. wenn dieselben Fragen des Gerichtsstandes oder der Competenz betreffen;
- c. wenn über Echtheit von Urkunden gestritten wird, und überhaupt in allen denjenigen Fällen, wo in einer Civilsache Umstände zu Tage treten, die der Untersuchung durch das Criminalgericht unterliegen;
- d. wenn ein Gesuch wegen Recusation der Richter vorliegt.

50) Die Gouvernementsverwaltungen theilen ihre Journalverfügungen den Gouvernementsprocureuren zur Durchsicht nur in nachstehenden Fällen mit:

- a. wenn in den Justizbehörden über die Ordnung der Geschäftsführung, den Sinn der Gesetze oder über die Competenz, und in den Polizeiverwaltungen über den Modus der Erfüllung der Gesetze Zweifel vorliegen (Svod Zak. Band 2, Theil 1, Ausg. vom Jahre 1876, Artikel 667, § 1, Punkt 4);
- b. wenn seitens des Gouvernementsprocureurs oder seines Gehilfen Protest verlauthart worden ist (l. c. Punkt 6);
- c. wenn es sich um lasterhafte Personen handelt, die zur Disposition der Regierung gestellt werden (ibid. Artikel 667, § 2, Punkt 16);
- d. wenn es sich um die Punkt 40—52 des § VII. des Artikels 667 des 2. Bandes des Svod Zak., Ausg. vom Jahre

1876, erwähnten Angelegenheiten der Gerichtsverwaltung handelt.

Anmerkung. Das Aufsichtsrecht des Procureurs erstreckt sich nicht auf diejenigen im allegirten Artikel aufgezählten Sachen, welche auf Grund der bestehenden Gesetze unmittelbar durch den Gouverneur oder Vicegouverneur zu entscheiden sind.

51) Die Gouvernementsprocureure und ihre Gehilfen werden ferner befreit:

- a. von der Verpflichtung, bei Torgen und Podradden über Verpachtung von Krons- und publicen Gütern zugegen zu sein;
- b. von der obligatorischen Betheiligung an der Revision von Kronseigenthum und Kronsgeldern; dabei aber verlieren sie nicht das Recht, zu verlangen, daß in ihrer Gegenwart Revisionen der zum Ressort des Finanzministeriums gehörigen Renteien vorgenommen werden, über deren Resultat sie dann ihren unmittelbaren Vorgesetzten Bericht zu erstatten haben;
- c. von der Verpflichtung, über genaue Befolgung des Stempelsteuergesetzes in der Geschäftsführung der Behörden und über deren Rechnungslegung in dieser Beziehung zu wachen.

52) Die Beschlüsse der Gouvernements- und Kreisbehörden in Sachen betreffend Uebergabe von Beamten an das Gericht, Einleitung von Untersuchungen gegen Beamte oder Verhängung von Strafen auf administrativem Wege über dieselben, werden je nach der Hingehörigkeit dem Gouvernementsprocureur oder dessen Gehilfen zur Durchsicht mitgetheilt.

53) Den Gouvernementsprocureuren und ihren Gehülfen wird anheimgestellt, in allen denjenigen Fällen, wo Solches nach den zu ihrer Kenntniß gelangten Umständen nothwendig erscheint, bei den betreffenden Behörden oder Autoritäten Einleitung einer Untersuchung, Uebergabe an das Gericht oder Bestrafung auf administrativem Wege zu beantragen.

54) Die Gouvernementsprocureure und ihre Gehilfen werden je nach der Hingehörigkeit, ausnahmslos zu sämmtlichen Sitzungen der Gouvernements- und Kreisgefängniß-Comité's eingeladen.

55) Die Gouvernementsprocureure und ihre Gehilfen behalten das Recht, alle Behörden zu betreten und die in denselben verhandelten Sachen zur Durchsicht zu verlangen (Svod Sak. Bd. 2, Th. 1, Ausg. v. J. 1876, Art. 4247, 1251 u. 1809 und Provinzialrecht Bd. 1, Art. 1667, 1670 u. 1730).

56) In Fällen, wo zur Kenntniß des Gouvernementsprocureurs gelangt, daß irgend eine Gouvernements- und Kreisinstitution sich einer Verletzung der Gesetze über Zuständigkeit oder einer Ueberschreitung ihrer Machtbefugniß schuldig gemacht hat, ist derselbe verpflichtet, entweder persönlich oder durch einen seiner Gehilfen bei der betreffenden Behörde die Wiederherstellung der gestörten Ordnung zu beantragen, selbst wenn die Journale derselben gar nicht der Durchsicht der Procureurscontrole unterliegen.

Unterzeichnet: Vorsitzender des Reichsraths:

„Konstantin.“

Auf dem Original ist von Sr. Majestät
Eigener Hand geschrieben

„Dem sei also.“

Zarskoje-Sjelo, den 28. Mai 1880.

**Temporärer Etat für die mit der Procureurs-Controle in den Gouvernements Livland, Estland
und Kurland betrauten Personen.**

Benennung der Aemter.	Zahl der Personen.	Jährlicher Gehalt in Rubeln.					Rangklassen.		
		G i n e m.				Allen.	des Aemtes.	der Uniform.	der Pension.
		Gage.	Tafel- gelber.	Quartier- gelber.	In Summa.				
1) Gouvernementsprocureur	3	2000	1000	500	3500	10,500	VI.	VI.	III.
2) Gehilfen der Gouvernementsprocureure:									2. Kl.
a. im livländischen Gouvernement . .	5	1000	500	200	1700	11,900	VII.	VII.	V.
b. im estländischen Gouvernement . .	7	1000	500	200	1700	8500			
c. im kurländischen Gouvernement . .	7	1000	500	200	1700	11,900			
Außerdem für Kanzleibedürfnisse d. Gehilfen des Gouvernements = Procureurs zu 300 Rbl. Jedem, in Allem	—	—	—	—	—	5700			
In Summa	22	—	—	—	—	48,500	—	—	—

Anmerkung 1. Die Vertheilung der durch diesen Etat festgesetzten Zahl der Procureursgehilfen auf die Kreise und Städte wird dem Ermessen des Justizministers anheimgestellt.

Anmerkung 2. Die Kanzlei des Gouvernementsprocureurs wird auf der, in den Art. 1658 und 1659, Th. 1, Prov.-Recht der Ostseegouvernements bezeichneten Grundlage gebildet.

Unterzeichnet: Vorsitzender des Reichsraths: „Konstantin.“

Allerhöchst bestätigtes Reichsraths- gutachten,

**betreffend die Einführung der Friedensrichter-
Institutionen in den Gouvernements Livland,
Estland und Kurland.**

Se. Kaiserliche Majestät hat das in der Plenarversammlung des Reichsraths über Einführung der Friedensrichter-Institutionen in den Gouvernements Livland, Estland und Kurland abgegebene Gutachten **A l l e r h ö c h s t** zu bestätigen geruht und zu erfüllen befohlen.

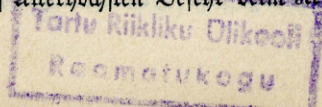
Unterzeichnet: Vorsitzender des Reichsraths:

„ K o n s t a n t i n . “

28. Mai 1880.

(Extrahirt aus den Journalen der vereinigten Departements der Gesetzgebung, Staatsökonomie und der Civil- und geistlichen Angelegenheiten vom 15. und 22. März und 12. April, sowie aus dem Journal der Plenarversammlung vom 12. Mai 1880.)

Der Reichsrath hat in den vereinigten Departements der Gesetze, der Staatsökonomie und der Civil- und geistlichen Angelegenheiten, sowie in der allgemeinen Versammlung nach Beprüfung des Entwurfs der auf Allerhöchsten Befehl beim Reichs-



rath niedergesetzten Commission in Sachen der Einführung der Friedensrichter-Institutionen in den Gouvernements Livland, Estland und Kurland für gut erachtet.

I. Das Project des Allerhöchsten Kases an den Dirigirenden Senat, betreffend Einführung der Friedensrichter-Institutionen in den Gouvernements Livland, Estland und Kurland, desgleichen die nach Bestimmung der vereinigten Departements des Reichsraths modificirten Entwürfe: a. der Regeln über die Anwendung der Verordnung über die Friedensrichter-Institutionen auf die genannten Gouvernements; b. der zeitweiligen Regeln über den Modus der Wahl der Friedensrichter in denselben; c) der Verordnung über Einführung der Friedensrichter-Institutionen; d. der Regeln über Abänderung und Ergänzung der Gesetze, welche sich auf Proceß- und Geschäftsführung in den gegenwärtig bestehenden Behörden beziehen, sowie derjenigen Bestimmungen, welche sich auf Rechte und Pflichten des Personals der Procureurscontrole beziehen; e. des zeitweiligen Stats für das Personal der Procureurscontrole — Seiner Kaiserlichen Majestät zur Bestätigung und Unterschrift vorzulegen.

II. Die Friedensrichter-Institutionen in den Gouvernements Livland, Estland und Kurland im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 1881 zu eröffnen, in genauer Grundlage der Gerichtsordnung vom 20. November 1864, der ergänzenden Bestimmungen zu derselben und der gegenwärtig erlassenen Regeln.

III. Die nähere Bestimmung des Zeitpunktes der Einführung der Friedensrichter-Institutionen in

jedem der im Artikel 2 aufgeführten Gouvernements ist dem Justizminister in Uebereinstimmung mit den Ministern des Innern und der Finanzen anheimzustellen.

IV. Zur Ausübung derjenigen Functionen in Bezug auf die Friedensrichter-Institutionen, welche nach der Gerichtsordnung den Gehilfen der Procureure des Bezirksgerichts obliegen, werden in den Gouvernements Livland, Estland und Kurland temporär die Aemter von Gehilfen des Gouvernements-Procureurs creirt, welchen auch die Erfüllung der bisherigen Obliegenheiten der Procureurs-Controle aufgelegt wird.

V. Die Summe, welche nach dem temporären Etat für die Procureurs-Controle in den Gouvernements Livland, Estland und Kurland mit 48,000 Rbl. jährlich veranschlagt worden, ist auf Rechnung der Reichsrentei zu setzen und vom 1. Januar 1882 ab in vollem Betrage in die betreffende Rubrik des Budgets des Justizministeriums aufzunehmen, an Stelle derjenigen Summe, welche gegenwärtig aus der Kronskasse für die nunmehr eingehenden Aemter der Procureure in den genannten Gouvernements abgelassen wird. Im nächsten Jahre 1881 ist jedoch nur derjenige Theil der gedachten Summe aus der Kronskasse abzulassen, welcher vom Tage der factischen Einführung der Friedensrichterinstitutionen bis zum 31. December 1881 auf den Unterhalt der Beamten der neuen Procureurscontrole entfällt.

VI. Die nach der Gerichtsordnung vom 20. November 1864 den Justizpalaten zustehenden Rechte und Pflichten hinsichtlich der Friedensrichter-

Institutionen der drei genannten Gouvernements zeitweilig der Petersburger Justizpalate zu übertragen.

VII. Dem Justizminister anheimzustellen: 1) unverweilt die Frage über den Modus der Anwendung der Gerichtsordnung vom 20. November 1864 in ihrem ganzen Umfange auf die Gouvernements Livland, Estland und Kurland in Erwägung zu ziehen und seine Entwürfe hierüber nach gehöriger Relation, mit wem erforderlich, dem Reichsrathe vorzulegen; 2) im Einvernehmen mit dem Oberdirigirenden der 2. Abtheilung der eigenen Kanzlei Seiner Majestät des Kaisers und dem Minister des Innern Maßregeln zur Anfertigung einer Uebersetzung der Gerichtsordnung vom 20. November 1864 und der als Ergänzung zu derselben erlassenen allgemeinen Gesetzbestimmungen ins Deutsche, Lettische und Estnische und zur Herausgabe derselben zu ergreifen.

VIII. Dem Finanzminister anheimzustellen im Einvernehmen mit den Ministern der Justiz und des Innern Entwürfe über die Einführung von Ergänzungslandesabgaben in den Ostseeprovinzen zur Deckung der Kosten für den Unterhalt der Friedensrichter-Institutionen auszuarbeiten und sodann diese Entwürfe so zeitig der Bepriifung des Reichsraths zu unterbreiten, daß dieselben noch vor Eintritt des Termins bestätigt werden können, zu welchem in jenen Provinzen die Friedensrichter-Institutionen einzuführen sind. (Artikel II und III.)

IX. Den Ministern der Justiz und des Innern anheimzustellen, die Frage über eine

Reform der Bauerbehörden in den Gouvernements Livland, Estland und Kurland einer neuen eingehenden und allseitigen Erörterung zu unterziehen und ihr Sentiment in dieser Sache nach gehöriger Relation mit den betreffenden Ressorts, binnen thunlichst kürzester Frist der Beprüfung auf dem Wege der Gesetzgebung zu unterlegen.

Das Original ist in den Journalen des Reichsraths von den Präsidenten und Gliedern unterzeichnet worden.

